



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege
und Transformation
Herrn Michael Hüttner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/4951
VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

5. Dezember 2023

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2415
---------------------------------	--------------------------	---	---------------------------------------

22. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 16. November 2023

hier: TOP 2

**Wirtschaftliche Situation der Anbieter ambulanter, teil- und vollstationärer
Anbieter pflegerischer Leistungen in Rheinland-Pfalz“
Antrag der Fraktion der AfD, Vorlage 18/4609**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 22. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 16. November 2023 hat die Landesregierung zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



Aktenzeichen

Mainz, den 9. November 2023

Bearbeiter: Bernd Aichmann

☎ 06131 16-2381

Sprechvermerk

**22. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation
am 16. November 2023**

hier: TOP 2

**Wirtschaftliche Situation der Anbieter ambulanter, teil- und vollstationärer
Anbieter pflegerischer Leistungen in Rheinland-Pfalz“
Antrag der Fraktion der AfD, Vorlage 18/4609**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der vorliegende Antrag der Fraktion der AfD bezieht sich auf eine Pressemeldung der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz vom 25. September 2023, in der über Ergebnisse einer Umfrage bei ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegeeinrichtungen zur Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Situation berichtet wird.

Die Teilnahmequote lag laut Pressemeldung bei 40 Prozent, bezogen auf die in Rheinland-Pfalz zugelassenen Einrichtungen. Von den teilnehmenden Einrichtungen wiederum hat jeweils mehr als die Hälfte der Einrichtungen angegeben, wirtschaftliche Probleme zu sehen oder sogar von einer existentiellen wirtschaftlichen Gefährdung gesprochen.

Die Pflegeheime wurden auch zu ihrer Auslastungssituation befragt. Im Durchschnitt der befragten Einrichtungen hat sich eine Auslastungslücke von mehr als 9 Plätzen je Einrichtung ergeben. Diese Auslastungslücke dürfte der Meldung zufolge unter anderem auf Engpässe bei den Pflegekräften zurückgehen.



Die ambulanten Pflegedienste werden zudem mit Aussagen zu Engpässen bei der Leistungserbringung in Form von Abweichungen von der vorgesehenen Leistung und der Ablehnung von Kundenanfragen zitiert. Aus den Ergebnissen der Befragung zu diesen Punkten hat die PflegeGesellschaft der Pressemeldung zufolge wiederum auf Basis einer Hochrechnung Fallzahlen für ganz Rheinland-Pfalz angegeben.

Dankenswerterweise hat die PflegeGesellschaft selbst in der Pressemeldung darauf hingewiesen, dass die von ihr ermittelten Ergebnisse nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Einrichtungen in Rheinland-Pfalz sein müssen, da es möglich ist, dass sich Einrichtungen mit wirtschaftlichen Problemen mit höherer Wahrscheinlichkeit an der Umfrage beteiligt haben, als die anderen Einrichtungen.

Insofern sollten wir den Ergebnissen keinen Absolutheitsanspruch im Sinne von konkreten Fallzahlen oder in konkreten Prozentsätzen ausgedrückten Anteilen zurechnen.

Keinesfalls will ich aber die Situation schönreden. Ich nehme die Ergebnisse der Befragung als ein Lagebild wahr, demzufolge sich ein sehr erheblicher Teil der Pflegeeinrichtungen, sowohl bei den Pflegediensten, als auch bei den teil- und vollstationären Einrichtungen, in einer Selbsteinschätzung ganz erheblichen bis hin zu bedrohlichen wirtschaftlichen Problemen gegenüber sieht, verbunden nicht nur mit Auswirkungen auf die Pflegeeinrichtungen selbst, sondern darüber hinaus auch auf die pflegerische Versorgung. Und diese Selbsteinschätzung nehme ich selbstverständlich sehr ernst. Gleichzeitig will ich erwähnen, dass sich vergleichbare Selbsteinschätzungen für das Bundesgebiet auch aufgrund bundesweiter Abfragen seitens der Verbände der Leistungserbringer ergeben.

Als Land haben wir keinen konkreten Einblick in die aktuellen Geschäftszahlen der Einrichtungen und Dienste, auf deren Basis wir zu weiteren Konkretisierungen kommen könnten. Nimmt man jedoch beispielsweise die öffentlich frei zugänglichen Informationen der Plattform Pflegemarkt.com zum Insolvenzgeschehen in der Langzeitpflege als Grundlage, komplementiert sich das Bild. Danach hat sich in der vollstationären Pflege die Anzahl der Pflegeplätze in Einrichtungen, die von einem Insolvenzverfahren betroffen sind, im Jahr 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 im Durchschnitt spürbar erhöht.



Ebenso ist auch die Anzahl der Versorgungen durch ambulante Pflegedienste, die von einem Insolvenzverfahren betroffen sind, gestiegen. Diese Aussagen beziehen sich auf die Bundesebene. Konkret benannt sind dort auch aktuellere Fälle von Insolvenzverfahren in der stationären Pflege, die uns in Rheinland-Pfalz - glücklicherweise - nicht unmittelbar betreffen. Gleichwohl ist diese, auf das Bundesgebiet bezogene Entwicklung, ein weiteres Zeichen, dass alle Beteiligten, also Einrichtungen, Kostenträger und die Politik, die aktuelle Situation sehr ernst nehmen müssen.

Was die Ursachenanalyse betrifft, möchte ich auf meine Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses am 5. September 2023 zum Tagesordnungspunkt „Engpässe in der Pflege“ zurückkommen. Ich habe dort als Ursache für pflegerische Engpässe die demografische Entwicklung genannt, die einerseits zu mehr pflegebedürftigen Menschen und andererseits zu weniger Erwerbstätigen und damit auch zu einer Begrenzung der zur Verfügung stehenden Pflegekräfte führt. Als weitere Ursachen hatte ich das schwierige wirtschaftliche Gesamtumfeld, wie dynamisch steigende Löhne, Zinsen, Mieten und sonstige Preise benannt, die kostenrelevant für die Einrichtungen sind und ausgeführt, dass es für die Vereinbarungspartner in der Pflege selbstverwaltung eine erhebliche Herausforderung ist, angesichts der sich sehr rasch ändernden Parameter passende Vereinbarungen zur Vergütung und Ausstattung der Einrichtung zu treffen, die qualitätssichernd und wirtschaftlich tragfähig sind und gleichzeitig die pflegerische Versorgung gewährleisten. Dies sind aus meiner Sicht auch wesentlichen Gründe, die für die vorgelegte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Pflegeeinrichtungen maßgeblich sind.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass sich das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe seiner Verantwortung für die auskömmliche Refinanzierung der Pflegeeinrichtungen bewusst ist und sich dementsprechend konstruktiv in die Verhandlung der Entgelte einbringt. Darüber hinaus gibt es Gespräche zwischen Land und der Pflegegesellschaft, in denen es ebenfalls darum geht, wie man der Situation aktuell und auch in der Perspektive am besten gerecht werden. Ich gehe davon aus, dass auch die Pflege- und Krankenkassen noch in diese Gespräche eingebunden werden.

Vielen Dank.